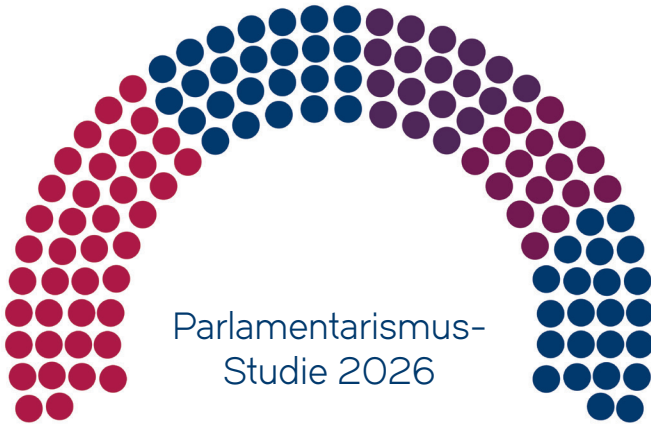




Institut für
Parlamentarismus-
forschung



AMBIVALENZ UND RELEVANZ

Der Bundestag in der öffentlichen
Wahrnehmung



Institut für
Parlamentarismus-
forschung

AMBIVALENZ UND RELEVANZ

Der Bundestag in der öffentlichen Wahrnehmung

GRUSSWORTE



DR. ASTRID KUHN
Vorstandsvorsitzende der Stiftung
Wissenschaft und Demokratie

Die vorliegende Studie des Instituts für Parlamentarismusforschung greift ein Thema auf, das zu den Wurzeln der Stiftung Wissenschaft und Demokratie führt: die Frage, wie Bürgerinnen und Bürger die Institutionen der parlamentarischen Demokratie verstehen. Dieses Verständnis ist gleichzeitig ihr Maßstab zur Bewertung der zentralen Orte der Willensbildung in der Demokratie.

Unserem Stifter Eberhard Schütt-Wetschky war es ein Anliegen, solche Maßstäbe stets zu kennen und sie bewusst zu machen. So gehört es zu unserer Überzeugung in der Stiftungsarbeit, dass Demokratie auf Wissen, Aufklärung und öffentlicher Debatte beruht. Politikwissenschaftliche Forschung kann dazu beitragen, politische Prozesse verständlicher zu machen und Vertrauen in Institutionen zu stärken. Sie kann festgestellte Maßstäbe auf ihre Realitätstauglichkeit prüfen und die Praxis an demokratischen Werten messen. Genau hier setzt die Arbeit des Instituts für Parlamentarismusforschung an, das zu seinem 10-jährigen Jubiläum die vorliegende Untersuchung durchgeführt hat. Sie fragt danach, wie die Bevölkerung den Bundestag wahrnimmt, welche Erwartungen bestehen und wo möglicherweise Distanz oder Kritik entstehen.

Gerade in einer Zeit, in der demokratische Institutionen ihre Leistungsfähigkeit besonders unter Beweis stellen müssen, bilden solche empirischen Daten die Grundlage für realitätsgerechte Debatten über Änderungsbedarf an der Demokratie. Diese Studie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunft der parlamentarischen Demokratie.

Kiel, April 2026

Wie blickt die Bevölkerung auf den Deutschen Bundestag? Diese Fragestellung ist gleichermaßen wichtig wie folgenreich. Sie ist allein deswegen von Bedeutung, weil das Parlament die Herzkammer unserer Demokratie darstellt.



DR. DANNY SCHINDLER
Direktor des Instituts für
Parlamentarismusforschung

Nur der Bundestag wird direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Er ist damit in besonderer Weise demokratisch legitimiert und verantwortlich. Wie die Bevölkerung über das Parlament denkt, welche Erwartungen sie hat und wie sie die parlamentarischen Leistungen beurteilt, berührt damit die Legitimitätsgrundlagen und Stabilitätsbedingungen unserer politischen Ordnung. Umso mehr gilt dies in einer Zeit, in der die Demokratie – und mit ihr das Parlament – durch vielfältige Herausforderungen unter Druck geraten ist. Gerade wenn die Effektivität staatlicher Leistungen verbreitet bezweifelt wird und zugleich autoritäre Versuchungen locken, können uns die Grundeinstellungen der Bevölkerung zum Parlament als Zentrum der Demokratie nicht egal sein.

Insofern war es auch höchste Zeit für das IParl, dem Parlamentsbild der Bürgerinnen und Bürger mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gegründet als Forschungsinstitut, das die komplexe Regierungsform der parlamentarischen Demokratie untersucht und zugleich zu ihrer Vermittlung beitragen will, standen bislang vor allem die Institutionen und Akteure sowie die Regeln und Verfahren parlamentarischen Regierens im Vordergrund. Künftig sollen die Einstellungen der Bevölkerung zum Parlament mehr Gewicht erfahren. Dabei soll es nicht um das in anderen Studien bereits abgefragte Vertrauen in das Parlament gehen. Zutage gefördert werden sollen vielmehr demoskopische Erkenntnisse zu Prinzipien und Praxis parlamentarischer Funktionsfähigkeit unter sich wandelnden Rahmenbedingungen. Verbunden mit den drei Zielen, zur wissenschaftlichen Forschung beizutragen, öffentliche Debatten zu versachlichen und – besonders anspruchsvoll – im Austausch mit politischen Akteuren auch Wirkung in der Praxis zu entfalten, soll dies regelmäßig erfolgen.

Berlin, April 2026

Danny Schindler

AMBIVALENZ UND RELEVANZ

Die im Folgenden präsentierten Daten stellen einen Ausschnitt aus der IParl-Parlamentarismusstudie 2026 dar. Diese repräsentative Befragung wurde von policy matters (Gesellschaft für Politikforschung und Politikberatung mbH) vom 11. Februar bis zum 2. März 2026 unter 2.050 Personen durchgeführt, die zur wahlberechtigten deutschen Wohnbevölkerung zählen und über 18 Jahre alt sind. Titelgebend waren zwei für die Einstellungen zum Parlament wesentliche Aspekte: Prinzipien und Praxis parlamentarischer Demokratie sind mit kritischen und bisweilen widersprüchlichen Bewertungen konfrontiert. Die Rolle des Parlaments als zentrale politische Legitimationsinstanz wird aber – in Zeiten geringer Zufriedenheit mit der Demokratie und dem staatlichen Output – nicht in Frage gestellt.

BEWERTUNG VON DEMOKRATIE UND BUNDESTAG

Ich befürworte die Idee der Demokratie.

61,3



Stimme zu

Ich bin im Großen und Ganzen mit der Arbeit des Deutschen Bundestags zufrieden.

2,8



18,4



Stimme eher zu

13,0



12,7



Teils/teils



26,0

2,6



Stimme eher nicht zu

22,7



3,2



Stimme nicht zu

34,5

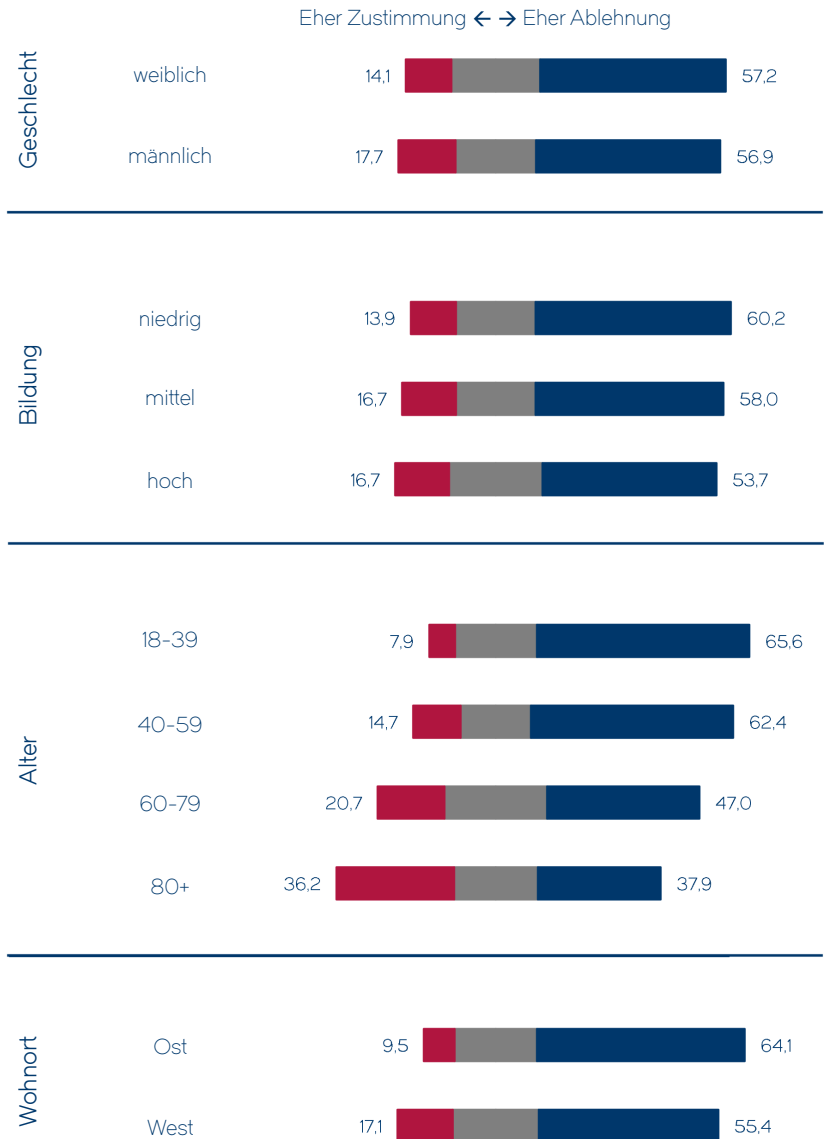


Insgesamt befürworten knapp 80 Prozent der Befragten die Idee der Demokratie, ein Wert, der sich mit vergleichbaren Befragungen der jüngeren Vergangenheit deckt. Mit dieser grundsätzlichen ideellen Unterstützung geht jedoch keine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland einher. Neben der Beurteilung der Funktionsweise der Demokratie allgemein wurde auch nach der Arbeit des Bundestags gefragt: Mit dieser sind nur etwas mehr als 15 Prozent der Befragten (eher) zufrieden (Demokratie allgemein: 33 Prozent). Am anderen Ende der Beurteilungsskala drückt mehr als ein Drittel der Befragten (34,5 Prozent) eine deutliche Unzufriedenheit mit der Arbeit des Parlaments aus (Demokratie allgemein: 22 Prozent). Die Bewertung des Parlaments fällt damit insgesamt deutlich schlechter aus als die der Demokratie.

ANMERKUNG

In den Abbildungen wird die Antwortoption „weiß nicht“ grundsätzlich grafisch nicht ausgewiesen. Alle Angaben in den Abbildungen sind in Prozent. N=1.958 gültige Antworten.

Ich bin im Großen und Ganzen mit der Arbeit des Deutschen Bundestags zufrieden.



Wenn die Mehrheit der Deutschen die Arbeit des Bundestags überwiegend kritisch beurteilt, stellt sich zwangsläufig die Frage nach sozio-demografischen Unterschieden. Sowohl beim Geschlecht als auch beim Bildungsgrad zeigen sich nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien. Deutlicher wird es bei der Differenzierung nach Alter: Je älter die Befragten, desto höher fällt die Zufriedenheit mit der Arbeit des Bundestags aus. Insbesondere in der Gruppe der über 80-Jährigen halten sich Zufriedenheit und Ablehnung annähernd die Waage. Im klassischen Ost-West-Vergleich (ohne Berlin) liegt – wenn auch auf geringem Niveau – eine höhere Bundestags-Zufriedenheit in Westdeutschland vor. Dies gilt auch für die Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein, entgegen der Erwartung aber nicht für die Unterstützung der Idee der Demokratie. Hier findet sich eine um 0,8 Prozentpunkte höhere Zustimmung unter Befragten mit Wohnsitz in Ostdeutschland.

ANSICHTEN ZUR ARBEIT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS

An den Befund einer verhältnismäßig großen Unzufriedenheit mit der Arbeit des Bundestags schließt sich die Frage an, worauf sich die Kritik richtet. Im Einzelnen wurden sieben Items abgefragt, die sich sowohl an den drei Dimensionen des Systemmodells (Input, Throughput, Output) als auch den „klassischen“ Parlamentsfunktionen orientieren. Die zu bewertenden, randomisiert präsentierten Aussagen wurden entweder positiv (blau) oder negativ (rot) formuliert. In der folgenden Darstellung sind die Zustimmungswerte aufsteigend abgebildet.

Im Folgenden präsentieren wir Ihnen einige Meinungen, die manche Leute über die Arbeit des Deutschen Bundestags haben. Wir möchten dazu gerne Ihre Meinung wissen.

 12,1
Beschlüsse des Bundestags werden der Bevölkerung ausreichend erklärt.

 19,5
Die Entscheidungen des Bundestags sind im Großen und Ganzen gerecht.

 25,7
Ich fühle mich über das Geschehen im Bundestag gut informiert.

 28,5
In Bundestagsdebatten kommen unterschiedliche Meinungen zur Sprache.

 62,8
Im Bundestag werden die Interessen der Bevölkerung unzureichend aufgegriffen.

 65,0
Im Bundestag mangelt es an Fachkompetenz.

 72,6
Der Bundestag braucht zu lange, um Entscheidungen zu treffen.

Am kritischsten wird eindeutig die Dauer der Entscheidungsfindung beurteilt (72,6 Prozent). Lediglich 3,4 Prozent widersprechen der (negativ formulierten) Aussage, dass der Bundestag zu lange braucht. Diese Einschätzung überrascht jedoch aus zweierlei Gründen nicht. Zum einen ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Bevölkerung keine trennscharfe Unterscheidung zwischen politischen Debatten im Vorfeld parlamentarischer Behandlung und den konkreten Verfahren im Bundestag vornimmt. Zum anderen war insbesondere die zweite Hälfte der Regierungszeit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP („Ampel“) von längeren Debatten geprägt, die den Befragten noch präsent sein könnten. Je nach Situation und Behandlungsgegenstand kann die öffentliche Debatte vermutlich auch in die andere Richtung umschwenken; man denke etwa an die Diskussion über den (sehr) kurzen Zeitrahmen während der europäischen Staatsschuldenkrise 2009/2010. Grundsätzlich neu ist die Kritik an der Zeitdauer politischer Entscheidungen, die in einer Demokratie aus guten Gründen in breiten Beteiligungsverfahren erfolgen, aber keineswegs.

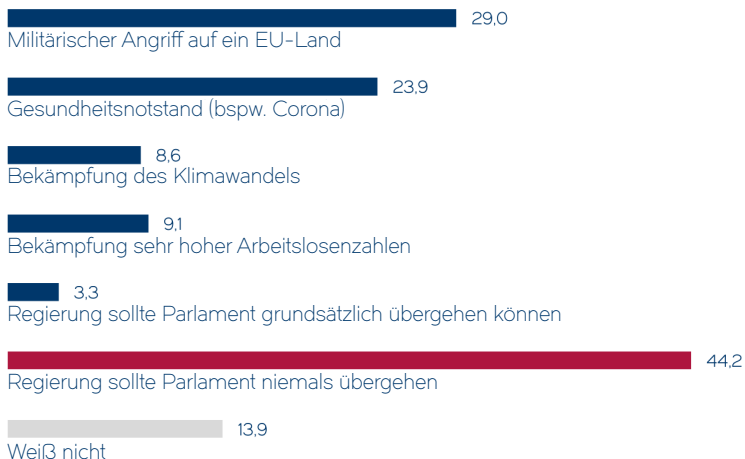
Ähnliches gilt für die Kritik an der „Fachkompetenz“ der Abgeordneten. Nur etwas weniger als zehn Prozent äußern sich im Großen und Ganzen zufrieden mit der vorhandenen Expertise, obwohl die Forschung den Bundestag zurecht als Expertenparlament bezeichnet. Wenngleich unklar ist, nach welchen Maßstäben die Beurteilung der Bevölkerung erfolgt, liegt zweierlei nahe: Zum einen dürften die in jüngerer Vergangenheit vermehrt geführten Debatten über (nicht-)vorhandene Berufs- oder Studienabschlüsse von Abgeordneten die Wahrnehmung der Öffentlichkeit beeinflussen. Zum anderen wirken altbekannte Klagen bzw. Mythen über ein „Lehrer-“ oder „Juristen-Parlament“ nach.

Bisweilen zeigen sich in den Items auch wieder ambivalente Einschätzungen. Zwar stimmen fast drei von zehn Befragten (28,5 Prozent) der Aussage zu, dass unterschiedliche Meinungen aus der Bevölkerung im Plenum zur Sprache kommen, aber nur gut ein Zehntel (11,6 Prozent) findet, dass die Interessen der Bevölkerung ausreichend aufgegriffen werden (in der Befragung wurde die umgekehrte Formulierung gewählt). Der Unterschied zwischen der Zustimmung zur guten „Erklärung von Bundestagsbeschlüssen“ (12,1 Prozent) und dem Gefühl, „über das Geschehen gut informiert“ zu sein (25,7 Prozent), ergibt sich vermutlich aus der medialen Aufbereitung und Einordnung der Arbeit im Parlament.

RELEVANZ PARLAMENTARISCHEN REGIERENS

In der international vergleichenden Forschung wird seit einiger Zeit nicht nur eine abnehmende Demokratiezufriedenheit, sondern auch eine steigende Tendenz zu autoritären Regierungsstilen konstatiert. Diese Effekte zeigen sich auch verstärkt in einigen etablierten „westlichen“ Demokratien, wobei neben verbalen Angriffen auf Gerichte auch die Schwächung oder gar Umgehung von Parlamenten zugunsten einer „durchregierenden“ Exekutive im Raum steht. Vor diesem Hintergrund haben wir die Frage gestellt, ob es Situationen oder Krisenszenarien gibt, in denen ein Übergehen des Parlaments durch die Regierung als gerechtfertigt beurteilt wird.

In welcher der folgenden Situationen halten Sie es für gerechtfertigt, wenn die Regierung das Parlament übergeht?

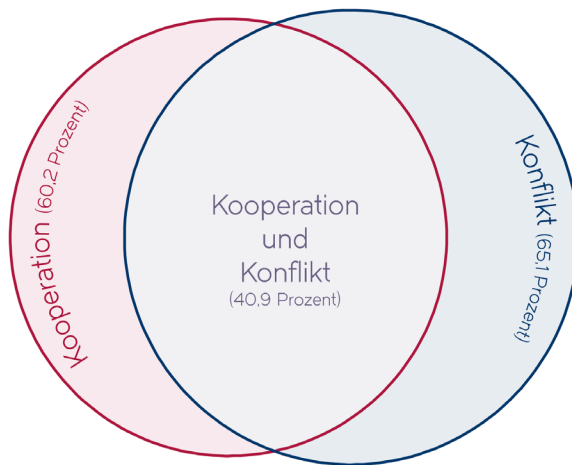


Der größte Teil der Befragten (44,2 Prozent) sah in keiner der aufgeführten Situationen – auch nicht im Falle eines militärischen Angriffs – eine hinreichende Notwendigkeit für exklusive Regierungsentscheidungen; ein Umstand, der aus der Perspektive einer funktionierenden Gewaltenteilung positiv aufgefasst werden kann. Dem umgekehrten Fall, sprich der Forderung nach einer grundsätzlichen Umgehung der Volksvertretung, stimmten nur 3,3 Prozent zu. Die beiden Situationen mit den höchsten Zustimmungsraten sind ein kriegerischer Angriff auf ein EU-Land (29,0 Prozent) und ein Gesundheitsnotstand (23,9 Prozent), die mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den Erfahrungen der Corona-Pandemie empirische Ankerbeispiele finden.

Knapp jede/r zehnte Befragte stimmt der Aussage zu, dass das Parlament zur Bekämpfung des Klimawandels oder hoher Arbeitslosenzahlen übergangen werden kann. Insgesamt hat die deutlich negative Beurteilung der Performanz des Bundestags bislang nicht zu einer grundsätzlichen Geringschätzung der parlamentarischen Regierungsweise geführt. Anders formuliert: Die Relevanz des Bundestags ist in der öffentlichen Wahrnehmung nicht prinzipiell eingebrochen.

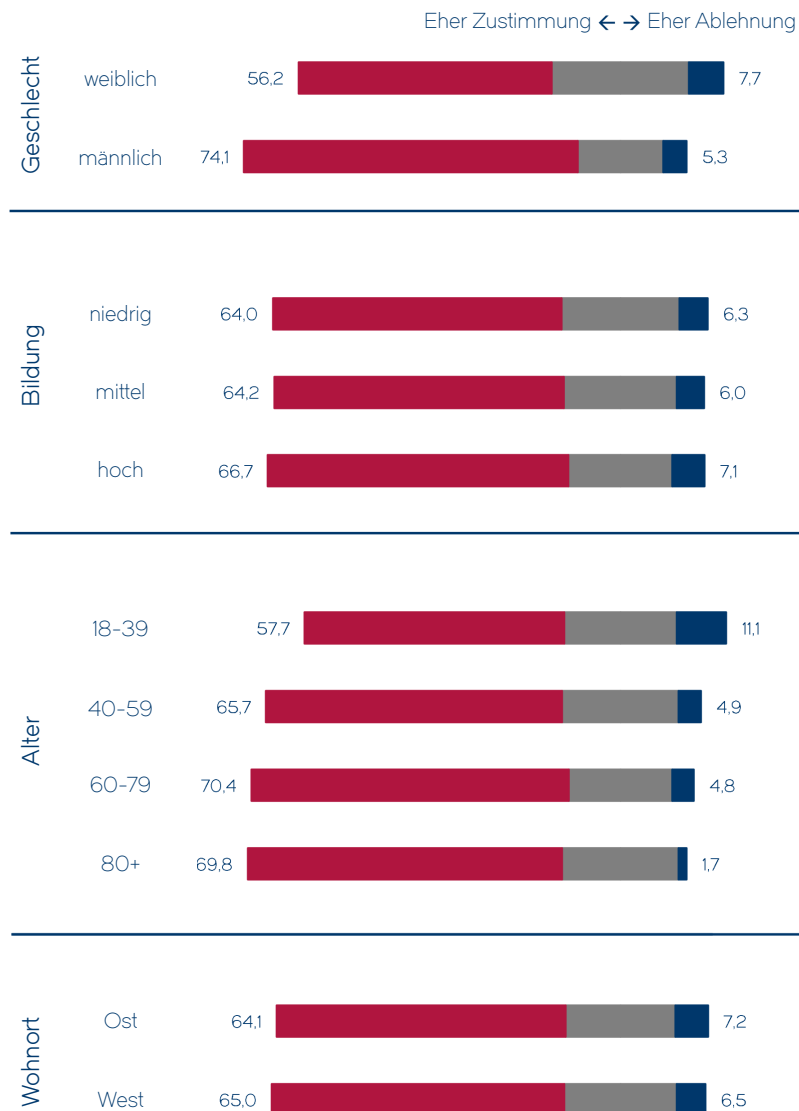
KONFLIKT, KOOPERATION, GEWALTAVERSION

Das dynamischer gewordene Parteiensystem hat in der jüngeren Vergangenheit zu gänzlich unterschiedlichen Situationen im Verhältnis von Parlamentsmehrheit und Opposition geführt. Während in der 18. Wahlperiode (2013-2017) noch die Geschäftsordnung für die Beteiligungsmöglichkeiten einer „Mini-Opposition“ angepasst wurde, erfordert das Finden von verfassungsändernden Mehrheiten für die Regierungsparteien heute (auf Bundes- und Landesebene) oftmals eine verstärkte Kooperationsbereitschaft mit der Opposition. Wir wollten von den Befragten wissen, wie sie die Wechselbeziehung aus Konflikt und Kooperation zwischen Mehrheit und Opposition im Deutschen Bundestag bewerten.



Annähernd zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass „Opposition und Regierung im Bundestag auch mal heftig streiten“ sollen (Konflikt). Gleichzeitig wurde von 60,2 Prozent beidseitige Kooperationsbereitschaft eingefordert (Aussage: „Es ist wichtig, dass die Opposition mit der Regierung zusammenarbeitet“). Besonders deutlich wird das geforderte Wechselspiel in der Schnittmenge. Darin finden sich alle Befragten, die beiden Aussagen (eher) zustimmen (40,9 Prozent). Konflikt und Kooperation zwischen Regierung und Opposition sind für diese Gruppe kein Widerspruch, sondern ergänzen sich.

Es ist wichtig, dass Opposition und Regierung im Bundestag auch mal heftig streiten.



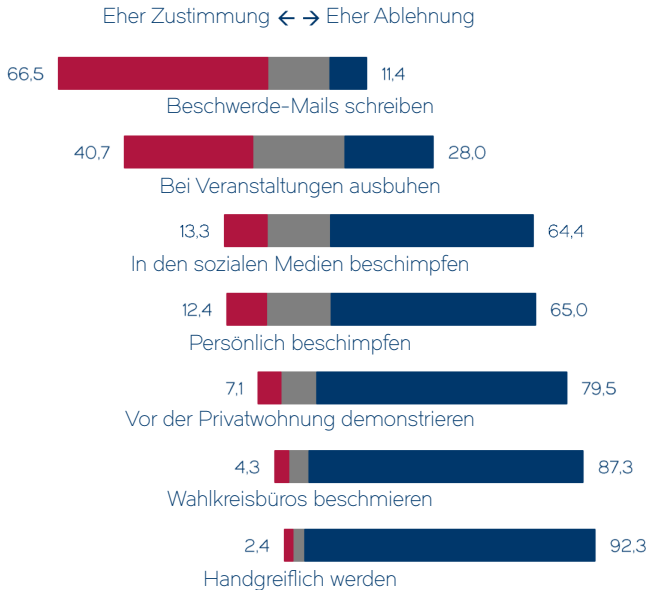
Hinsichtlich der sozio-demographischen Verteilung beim Konflikt-Item fällt der Unterschied nach Geschlecht auf. Wenngleich auch eine Mehrheit der Frauen (56,2 Prozent) konfliktives Auftreten zwischen Regierung und Opposition unterstützt, liegt der Anteil doch deutlich (knapp 18 Prozentpunkte) hinter der männlichen Zustimmungsrate. Auch beim Alter zeigen sich Unterschiede, die der Erwartung einer stärkeren Dissensorientierung bei jungen Menschen (zwischen 18 und 39 Jahren) widersprechen. Dies trifft insbesondere bei jungen Frauen zu, bei denen mit 50 Prozent der geringste Zustimmungswert vorliegt. Zwar weist bei den Männern ebenfalls die jüngste Alterskohorte die niedrigsten Zustimmungswerte (71,8 Prozent) auf, jedoch auf deutlich höherem Niveau als bei den weiblichen Gleichaltrigen (über 20 Prozentpunkte Unterschied).

Nicht nur der Opposition im Bundestag fällt – neben weiteren Funktionen – die Aufgabe zu, Kritik zu formulieren. Unzufriedenheit kann und sollte auch von den Bürgerinnen und Bürgern geäußert werden. In der öffentlichen Debatte fielen zuletzt insbesondere zwei Phänomene auf. Einerseits wird wiederkehrend vor einer vermeintlichen Beschneidung der Meinungsfreiheit gewarnt, während Politikerinnen und Politiker aller Parteien andererseits zusehends aggressiven Beleidigungen bis hin zu gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt sind. Auch daraus speist sich die vielerorts getätigte Diagnose einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft. Unklar ist allerdings, ob unzivile Verhaltensweisen und Gewaltbereitschaft auch in weiten Teilen der Bevölkerung Anklang finden.

In der vorgelegten Item-Batterie findet sich die höchste Zustimmungsrate für schriftliche Beschwerden an Abgeordnete (die als Beispiel für ziviles Beschwerdeverhalten aufgenommen wurde). Bemerkenswert ist aber auch, dass mehr als elf Prozent der Befragten kein Verständnis für entsprechende Beschwerde-Mails haben. Während beim Ausbuhnen von Abgeordneten die Meinungen auseinandergehen, nimmt das Verständnis für Beschimpfungen deutlich ab. Dies gilt sowohl in der persönlichen Konfrontation als auch in den sozialen Medien. Jeweils knapp zwei Drittel der Befragten (65 Prozent bzw. 64,4 Prozent) beurteilen entsprechende Verbalausfälle negativ.



Unabhängig davon, ob Sie persönlich so handeln würden, für welche der folgenden Handlungen gegenüber Abgeordneten haben Sie Verständnis?



Auch das Eindringen in die Privatsphäre oder Sachbeschädigungen werden von der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung klar abgelehnt: Für Demonstrationen vor den Privatwohnungen von Abgeordneten bringen etwa vier Fünftel kein Verständnis auf (79,5 Prozent). Das Beschmieren von Wahlkreisbüros trifft auf noch weniger Zustimmung (nur 4,3 Prozent der Befragten erachten dies als gerechtfertigte Protestaktion). Jeder Einzelfall von Gewalt oder Übergriffen gegen politisch aktive Personen ist einer zu viel. Aus der Befragung ergibt sich aber immerhin, dass nur eine sehr kleine Minderheit (2,4 Prozent) Verständnis für physische Übergriffe zeigt.

AUSBLICK

Die präsentierten deskriptiven Befunde bieten einen ersten Einblick in die IParl-Parlamentarismusstudie 2026. Sie werden in weiteren detaillierteren Analysen durch einen systematischen Abgleich aller Daten zu erhellen sein. Zu fragen ist beispielsweise, inwiefern die Parlamentsbewertung im Zusammenhang steht mit Faktoren wie der Parteipräferenz, dem politischen Interesse, dem Gefühl politischer Selbstwirksamkeit oder dem sozio-ökonomischen Status.

Auch andere Aspekte der öffentlichen Meinung werden anhand der Daten untersucht. Weiteren Aufschluss darüber, wie Prinzipien und Praxis der parlamentarischen Demokratie beurteilt werden, bieten insbesondere folgende abgefragte Themen:

- Zusammensetzung des Bundestags: Welche sozialstrukturellen Veränderungen wünscht sich die Bevölkerung?
- Demokratievorstellungen: Wer spricht sich für weitgehend unbeschränkte Mehrheitsentscheidungen aus und wer für liberale Schutzelemente wie etwa gerichtliche Kontrollen?

Die IParl-Studie 2026 enthält zudem zwei Umfrage-Experimente, bei denen die Befragten verschiedenen Informationsvarianten ausgesetzt wurden. Erstens werden Szenarien untersucht, in denen der Einfluss des Parlaments drastisch reduziert wird. Im zweiten Experiment wird gefragt, ob die Befragten positiver reagieren, wenn unpopuläre Maßnahmen von einem sozialstrukturell repräsentativeren Parlament ausgehen.

Über den Fortgang unserer Forschung und entsprechende Veröffentlichungen informieren wir Sie gern in unserem Newsletter sowie auf unserer Homepage.



Der IParl-
Newsletter
(einmal pro
Quartal)



Mehr Informationen
zur Parlamentarismus-
Studie 2026

ZU GUTER LETZT

Als praxisorientiertes Forschungsinstitut legen wir besonderen Wert auf die Vernetzung mit anderen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Einrichtungen sowie den Austausch mit politischen Akteuren. In diesem Sinne stehen wir gern für partnerschaftliche Kooperationen zur Erforschung und Stärkung der parlamentarischen Demokratie zur Verfügung.

IMPRESSUM

iparl
Institut für
Parlamentarismus-
forschung

Mauerstraße 83/84
10117 Berlin
info@iparl.de
www.iparl.de



REDAKTION
Calixte Bloquet
Daniel Hellmann
Oliver Kannenberg
Danny Schindler

GESTALTUNG
Marie-Louise Potratz

TITELBILD
eddy.galeotti / Canva

APRIL 2026

Das IParl ist eine Einrichtung der

STIFTUNG
Wissenschaft &
Demokratie

